



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

S/TW/53 - 4. März 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 836 390

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Wer hilft dem Krankenhaus ? Großer Mangel an Betten und Pflegepersonal Von Max Seidel, MdB	67
3	Eine Brücke ? Zu den Abrüstungsvorschlägen Harters	25
3	Zerstörte Illusion De Gaulle und der Krieg in Algerien	22
4 - 5	Das Weltproblem Nummer 1: In Asien droht "Bevölkerungsexplosion" Von Bruno Küster, Genf	53
5	Ein bedeutsamer Akt Keger wird Kardinal	17
6	Die letzte Tonne Kohle von "Prinz Regent" Stadt Bochum hat Sorgen - Neues Industrie fehlt Von Hans Vandenberg	47
7	Pressereferent - Parteipolitik Von Franz Barsig	46

* * * *
* * *

Wer hilft dem Krankenhaus?

Von Max Seidel, MdB

Die Hilferufe der Verantwortlichen aus dem Krankenhauswesen reißen nicht mehr ab. Erst dieser Tage hat der Vorstand der deutschen Krankenhausgesellschaft einen Bundeskredit von 200 Millionen DM für die Modernisierung und Rationalisierung der Krankenanstalten gefordert. Obwohl 540 000 Krankenhausbetten vorhanden sind, reicht dieser Bestand nicht aus. In einigen industriellen Ballungsräumen der Bundesrepublik sehen sich manche Krankenhäuser außerstande, Kranke von außerhalb der Gemeinde aufzunehmen. Vielfach sind die Krankenanstalten überfüllt, und wenn man die Kranken in den Gängen der Krankenanstalten unterbringen muß, dann haben wir alle ein ungutes Gefühl ob dieser Lage.

Es fehlen 50 000 neue Krankenhausbetten, es fehlt an Pflegepersonal, und in vielen Krankenhäusern, besonders in den kleinen Gemeinden, fehlt es an den notwendigen technischen Einrichtungen. Der Ursachen dafür sind viele, sie immer wieder aufzuzählen interessiert kaum noch. Interesse findet allein die Antwort auf die Frage: wie wird die Bettenzahl erhöht, was geschieht, um mehr Pflegepersonal zu gewinnen und es zu erhalten und wie werden unsere Krankenanstalten modernisiert?

Ohne mehr Geld als bisher für die Gesundheitsicherung der Bevölkerung auszugeben, werden die Antworten auf diese offenen Fragen unbefriedigt ausfallen. Jeder weiß, daß aus den Pflegeätzen, die von den Lesern an die Krankenhäuser gezahlt werden, das notwendige Geld für Investitionen nicht herausgewirtschaftet werden kann. Die Herabgabe öffentlicher Mittel ist demnach zwingend. Von den Gemeinden wird viel getan, auch die Länder sind bemüht, wenngleich sie noch mehr tun könnten. Trotzdem, alles das reicht nicht aus, um den Notstand im Krankenhauswesen in absehbarer Zeit zu überwinden. So kommt mit Recht der Ruf nach einer Hilfe durch den Bund. Seine erste Antwort darauf lautet, dies gehöre nicht in seine Zuständigkeit, das sei in erster Linie Ländersache. Man es hat noch niemand vom Bund verlorene Zuschüsse für die Krankenanstalten verlangt, sondern die Gewährung von rückzahlbaren Bundesdarlehen erbeten. Damit würde der Finanzausgleich zwischen dem Bund und den Ländern mindestens berührt.

In außerordentlichen Ruskalt des Bundesministeriums des Innern für 1960 sind unter der Zweckbestimmung:

"Darlehen zur Deckung des Nachholbedarfs freier gemeinnütziger Krankenanstalten"..... 25 Millionen DM ausgewiesen.

Wie die Beratungen im Haushaltsausschuß des Bundestages in der vergangenen Woche über diese Position bewiesen, kommt die Bundesregierung und die CDU/CSU über die selbstgebaute Auslegungshürde "das ist Ländersache" nicht hinweg. Sie erkennen den offenkundigen Notstand der Krankenanstalten wohl an, wollen aber nur den freien, gemeinnützigen Krankenanstalten mit Bundesdarlehen helfen. Die kommunalen Krankenhäuser gehen dabei leer aus.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat den Antrag gestellt, die Worte "freier gemeinnütziger" zu streichen und den Darlehensbetrag auf 50 Millionen DM zu erhöhen. Mit der Annahme des SPD-Antrages hätten alle notleidenden Krankenanstalten die Chance gehabt, Bundeskredite zu erhalten. Der Antrag der SPD wurde von der CDU/CSU abgelehnt.

Als Träger der freien gemeinnützigen Krankenanstalten zählen in der Hauptsache die Wohlfahrtsverbände der Caritas und der Inneren Mission, die mit 32,9 Prozent an den vorhandenen Krankenhausbetten beteiligt sind. Die Arbeiterwohlfahrt besitzt kein Krankenhaus.

Die Darlehenshilfe des Bundes, die schon 1959 von der SPD-Bundestagsfraktion bei der Haushaltsberatung beantragt war, wird von ihr begrüßt und sie hat auch der Erweiterung der Darlehensfrist von vier auf sechs Jahre, also bis 1965, mit je 25 Millionen DM zugestimmt. Trotzdem wird niemand überschen können, daß im Ausschuß der kommunalen Krankenhäuser von der Kreditaktion des Bundes eine bestimmte politische Absicht zu Grunde liegt, die wegen des allgemeinen Krankenhausesnotstandes besser unterbleiben sollte. Bei der zweiten und dritten Lesung des Haushalts 1960 wird die SPD im Bundestag das Gesamtproblem der Krankenhausfinanzierung nochmals aufrollen und eine allgemeine wirksame Hilfe durch den Bund für alle notleidenden Krankenanstalten einstreichen.

Eine Brücke?

Zu den Abrüstungsvorschlägen Herterers

sp - Die jetzt bekanntgewordenen Abrüstungsvorschläge des amerikanischen Außenministers Herter (1. Luft- und Bodeninspektionen gegen Überraschungsangriffe, 2. Produktionseinstellung von nuklearem Material für militärische Zwecke, 3. Rüstungsverminderung und Aufstellung einer internationalen Streitmacht zur Sicherung des Friedens) sind ohne Zweifel der Versuch, einerseits den seit langem vertretenen Auffassungen der britischen Regierung zu entsprechen und andererseits Chruschtschows UNC-Vorschlag zur totalen Abrüstung "in den Griff" zu bekommen. Bemerkenswert ist hierbei die Tatsache, daß auch die Demokratische Partei der USA - also die Opposition - den Vorschlägen Herterers ausdrücklich zustimmte. Von besonderem Interesse dürfte für uns in Europa auch die Begründung sein, die jetzt im Zusammenhang mit Herterers Vorschlägen bekanntgeworden ist. Darin heißt es, man müsse "die wilde Ausdehnung der Produktion von Atomwaffen verhindern", die von den USA, deren Hauptalliierten und der Sowjetunion mit wüthlicher Besorgnis beobachtet werde. Das sind fast die gleichen Worte, mit denen die Opposition in der Bundesrepublik seit langem die Fortsetzung des atomaren Rüstungswettlaufs verurteilt. - Frankreich hat bisher allerdings in Vorbesprechungen eines westlichen Fünf-Mächte-Ausschusses nicht den Vorschlägen Herterers zugestimmt und beharrt darauf, die Entwicklung seiner eigenen Atomwaffe fortzusetzen. Damit erhält die aus Washington kommende an sich gute Nachricht einen schlechten Beigeschmack, denn die mangelnde Geschlossenheit des Westens hemmt selbstverständlich die angestrebte zügige und erfolversprechende Phase von Abrüstungsverhandlungen mit dem Osten.

+ + +

Zerstörte Illusion

De Gaulle und der Krieg in Algerien

sp - Die Ankündigung des französischen Staatspräsidenten de Gaulle, Frankreich werde den Algerienkrieg fortsetzen, die erste und wichtigste Aufgabe sei es, den Frieden durch die Waffen herzustellen, und erst Jahre danach könnten die Algerier die Frage beantworten, welchen Weg sie wählen wollen, dürfte viele Illusionen von der baldigen Beendigung des Algerienkrieges zerstört haben. Alles dies bedeutet, daß Frankreich auch weiterhin die ungeheure finanzielle Belastung des Algerienkrieges mitschleppen wird, daß sich die afrikanischen Völker immer mehr von Europa entfremden und Frankreich seine eigene Position in der internationalen Politik gefährdet. Seit der afrikanischen Konferenz in Tunis weiß man, daß die meisten afrikanischen Staaten im Begriff sind, eine von Europa unabhängige Position einzunehmen. Die Fortsetzung des Krieges in Algerien wird diesen Prozeß noch fördern und auch jene afrikanischen Staaten "europafremd" machen, die bisher zu verstehen gegeben haben, daß sie alte Bindungen nicht ohne weiteres aufgeben wollen. Die in Afrika entstandene Antipathie gegen Frankreich wird sich außerdem auf diejenigen europäischen Länder ausdehnen, die stillschweigend Frankreichs Afrikapolitik - aus welchen Gründen auch immer - befürworten oder sich ihr gegenüber teilnahmslos verhalten. Hier kündigt sich eine böse Entwicklung an, die besonders das Kleinearopa der sechs Kontinental-Länder in eine immer größere Isolierung treibt.

+ + +

Das Weltproblem Nummer 1

Von Bruno Kuster, Genf

Die neuesten Schätzungen über die Bevölkerungszunahme Asiens, die das UNO-Sekretariat in New York soeben veröffentlicht hat, bestürzen keines langen Kommentars. Das in diese Untersuchung einbezogene Gebiet (von Iran ostwärts und südlich der UdSSR) umfaßt ein Sechstel der Erdoberfläche, aber heute schon mehr als die Hälfte der Bewohner unseres Planeten.

Die Bevölkerungsdichte pro Quadratmeter betrug in diesem Gebiet bereits vor drei Jahren 70 Personen gegenüber neun in der Sowjetunion, Nord- und Lateinamerika und durchschnittlich 15 Personen in der übrigen Welt. Während Asien und Südostasien flächenmäßig ungefähr so groß ist wie die UdSSR, Nord- oder Lateinamerika, beträgt die Bevölkerungszahl aber mehr als das Siebenfache.

Im Jahre 1950 wurde die Bevölkerung Asiens auf 1317 Millionen geschätzt. 1980 dürfte sie 2268 Millionen zählen. Am schnellsten nimmt die Bevölkerung Südasiens zu, wo bis 1980 mit einer glatten Verdoppelung im Vergleich zu 1950 gerechnet wird. Für Ceylon wird eine Verdoppelung in nur 25 Jahren von 1955 bis 1980 erwartet. Indien könnte in zwanzig Jahren 600 Millionen zählen, während Pakistan von 1951 bis 1981 möglicherweise von 76 auf 170 Millionen springen wird, obwohl in allen drei Ländern energisch Methoden der "Familienplanung" propagiert werden. Indonesien wird bis 1980 mit 140 bis 160 Millionen hinsichtlich seiner Bevölkerungszahl an fünfter oder sechster Stelle stehen, hinter China, Indien, der UdSSR und den USA. Den Rekord schlagen die Philippiner, deren Bevölkerung pro Jahrzehnt um ein Drittel zunimmt.

Eine Ausnahme macht indessen Japan, das lange Zeit als Schreckgespenst des Bevölkerungsüberschusses hingestellt worden war. Zwar wird auch seine Bevölkerung voraussichtlich noch fühlbar zunehmen, aber seit dem "Baby Boom" im Jahre 1947 ist die Zahl der Geburten bis 1957 auf die Hälfte zurückgegangen. Ständig sinkt auch die Sterblichkeitsrate, woraus sich eine Bevölkerungszunahme ergibt. Aber vielleicht ist das Beispiel Japans doch ein Vorzeichen für eine langfristige Entwicklung.

welche die übrigen asiatischen Länder mit einigen Jahrzehnten Verspätung nachholen werden. Der Sprung ins industrielle Zeitalter, den Japan als erstes asiatisches Land vollzog, war auch in Europa von einer "Bevölkerungsexplosion" begleitet gewesen, der dann allmählich eine Stabilisierung nachfolgte.

Diese "Explosion" in den übrigen asiatischen Ländern, wodurch die Welt in ihrem Gefüge erschüttert wird, rührt in der Hauptsache daher, daß die Sterblichkeitsziffern beträchtlich gesenkt werden konnten, der Kindersegen aber sein früher zur Erhaltung des Volkes notwendiges, hohes Niveau beibehalten hat. Wie das Beispiel Japans zeigt, erfolgt die Anpassung an die neuen Lebensverhältnisse bestenfalls mit einer Verzögerung von einigen Jahrzehnten, die allerdings ausreichen, um die Menschheit vor eine der schwersten Prüfungen ihrer Geschichte zu stellen. Technisch und materiell sind wir durchaus in der Lage, diese Prüfung erfolgreich zu bestehen.

Entscheidend ist aber unsere geistige und moralische Bereitschaft, das Schicksal der Menschheit als eine unteilbare Ganzheit aufzufassen und entsprechend zu handeln. Wenn wir das tun, wird sich eines Tages die heute so beängstigende Bevölkerungsexplosion in den Entwicklungsländern als ein Segen herausstellen: Als Grundlage und Voraussetzung für eine kontinuierliche Expansion der Weltwirtschaft bis mindestens zum Jahre 2000.

+ + +

Ein bedeutsamer Akt

sp - Der Vatikan hat eine bedeutsame Handlung vollzogen. Dem erweiterten heiligen Kollegium werden zum ersten Male in der langen Geschichte der römischen Kirche ab 28. März 1960 auch ein Neger, ein Japaner und ein Philippine angehören. Pläne, einen schwarzen Afrikaner zum Kardinal zu haben, bestanden schon bei dem Vorgänger des jetzigen Papstes; wenn sie jetzt verwirklicht wurden, so liegt darin wohl die Anerkennung der Tatsache, daß sich der ganze afrikanische Kontinent in einem Wandel befindet, den die römische Kirche in weiser Vorausschau Rechnung trägt. Die Erhebung von Farbigen in den Kardinalsrang gibt der Universalität des römischen Katholizismus einen neuen, sehr demonstrativen Akzent. - Damit wird vor aller Welt bewiesen, daß die Erlangung allerhöchster Ränge in der katholischen Kirche an keinen Rassenschranken mehr scheitert. Bisher hatten die Weißen darauf ein Monopol, nun ist es durchbrochen. Das wird nicht ohne weltweite Auswirkungen bleiben. Man braucht dabei nur an die Negorfrage in den USA und an die provokative und unmenschliche Rassentrennungspolitik der Südafrikaner denken.

+ + +

Die letzte Tonne Kohle von "Prinz Regent"

Von Hans Vandenbergh

Etwa zur gleichen Zeit, da die Steinkohlenbergwerke Matias Stinnes A.G. in Essen daran gingen, durch die Ausgabe von neuen Stammaktien ihr Aktienkapital um 20 Millionen DM zu erhöhen, um den Ausbau ihrer neuen "Schachtanlage Wulfen" in ländlich-westfälischen Wulfen weiter voranzutreiben, wurde auf der Bochumer Zeche "Prinz Regent" die letzte Tonne Kohle gefördert.

Vier Monate eher als ursprünglich geplant wurde der Deckel auf diesen 100 Jahre alten Schacht gelegt, der in den letzten Jahren erst mit erheblichen Mitteln modernisiert wurde und noch Kohlenvorräte von etwa 100 Millionen Tonnen besitzt. Die vorzeitige Stilllegung wurde damit begründet, daß jeder Monat, den die GBAG bei der derzeitigen Situation mit der Stilllegung gearbeitet hätte, grob gerechnet 3 bis 4 Millionen DM gekostet haben würde. Schon jetzt werden große Bedenken bei den Belegschaften der beiden anderen Bochumer GBAG-Zechen "Friedlicher Nachbar" und "Engelburg" laut, da auch sie eine Verwegnahme des für 1961 geplanten Stilllegungstermins für ihre Zechen befürchten. 34 Prozent der von der Stilllegung betroffenen Belegschaft gingen in die Stahlindustrie und damit dem Bergbau verloren!

Das ist ein beachtlicher Prozentsatz, denn die vollständige berufliche Ausbildung eines Bergarbeiters muß mit ca. 10 000 DM angesetzt werden. Nur 50 Prozent der betroffenen Belegschaft konnte auf andere GBAG-Zechen verlegt werden. So sieht sich der Ruhrbergbau dank seiner "privatwirtschaftlichen" Politik, - die er in trauriger Gemeinsamkeit mit der Bundesregierung betreibt -, der paradoxen Situation gegenüber, daß auf der einen Seite stillgelegt wird, auf der anderen Seite aber Arbeitskräfte gesucht werden. Gegenwärtig werden in Bochum über 300 Bergarbeiter und 700 Berglehrlinge gesucht. Dagegen weiß eine Übersicht der Landesregierung zu melden, daß in Bochum 9 745 Bergleute von den auf den Bochumer Zechen geplanten Stilllegungsmaßnahmen betroffen sind. Über 2 000 sind davon bereits entlassen. Insgesamt sollen über 2 500 Mann entlassen werden. Daß unter solchen Umständen - ganz abgesehen von den vorherigen Peinlichkeiten - auch das letzte Quentchen Vertrauen der Arbeitnehmer zum Bergbau und seiner Führung verloren gegangen ist, versteht sich dabei wohl am Rande. Hart betroffen ist auch die Stadt Bochum, wie überhaupt alle Bergbaustädte des Reviers durch die Bergbau-Krise stark in finanzielle Mitleidenschaft gezogen sind.

In Bochum spricht man von vielversprechenden Verhandlungen, die ein im vergangenen Jahr von der Stadtverwaltung gebildetes "Arbeits-Team Wirtschaftsförderung" zur Zeit mit einigen Industriebetrieben führt. Bisher ist es den Bochumern gelungen, zwei Ansiedlungsverträge mit solchen Industriebetrieben bereits abzuschließen. Es bleibt abzuwarten, ob diese notwendige Umstrukturierung der Bochumer Wirtschaft in hinreichendem Maße gelingen wird, zumal es der Bundesregierung an einer klaren energiewirtschaftlichen Konzeption in den vergangenen Jahren mangelte und auch die Krise im Bergbau nicht den Anstoß zu einer solchen Konzeption gab. Es bleibt immer die alte Frage: Was muß in der Bundesrepublik eigentlich erst geschehen, ehe in Bonn etwas geschieht?

Pressereferent - Parteipolitik

Von Franz Barsig

Die größte deutsche Partei und zweitgrößte Fraktion im Bundestag hat am Donnerstag mitgeteilt, daß sie bei den kommenden Haushaltsberatungen und auch im Plenum des Deutschen Bundestages beantragen werde, die Stelle eines Obersten im Pressereferat des Bundesverteidigungsministeriums zu streichen. Das ist parlamentarisch ein völlig normales Verfahren, und es bleibt schließlich der Mehrheit des Bundestages überlassen, ob sie den Antrag der Opposition annimmt oder verwirft.

Diese Ankündigung hat irgendein Beamter aus der Pressestelle des Verteidigungsministeriums mit der höhnischen Bemerkung beantwortet, es müsse sich wohl um einen "verspäteten Karnevalscherz" handeln. Und genau hier ist der Punkt erreicht, an dem es einfach nicht mehr so weiter geht. Man mag von den übrigen Sprechern der Bundesministerien denken, was man will und man mag sich damit abfinden oder nicht, daß sie in einem gewissen Maße stille Parteipolitik leisten, aber in all den Jahren, in denen die Bundesrepublik besteht, hat es sich noch keiner geleistet in dieser Art und Weise die Opposition zu behandeln. Die Sprecher der Ministerien sind Beamte oder Angestellte im öffentlichen Dienst, sie haben ihre Arbeit nicht im Dienste einer Partei zu leisten, sondern sie sind der Allgemeinheit verpflichtet. Dabei mag es durchaus vorkommen, daß sie in einem oder anderen Punkte Auffassungen der Opposition entgegentreten müssen. Dabei haben sie sich aber auf eine sachliche Entgegnung zu beschränken. Polemik steht ihnen nicht zu. Dieses Recht - soweit man überhaupt von einem Recht sprechen kann - haben einzig und allein die dem Parlament politisch verantwortlichen Persönlichkeiten.

Im Ausland ist das eine Selbstverständlichkeit und niemals käme beispielsweise der Sprecher des britischen Verteidigungsministeriums oder des britischen Außenamtes auf die Idee, Maßnahmen der Labour-Party oder einen Abgeordneten dieser Partei zu kritisieren. Auch in der Bundesrepublik ist diese Grenze in Wesentlichen respektiert worden. Nicht einmal im Parlament etwa bei der Beantwortung der Fragen in der sogenannten Fragestunde hat ein Staatssekretär durchaus polemische Zwischenfragen von Abgeordneten seinerseits zum Anlaß genommen, um dem betreffenden Abgeordneten polemisch zu antworten.

Nur die Pressestelle des Verteidigungsministeriums, und vor allem ihr Chef, Oberst Schmalke, bilden seit geraumer Zeit eine unübliche Ausnahme. Sie beantworten praktisch fast jede Stellungnahme der Opposition mit einer z.T. wüsten Polemik, greifen gewählte Abgeordnete des Bundestages an, obwohl sie als Beamte und Offiziere nicht das geringste Recht hierzu haben. Dieses Recht stünde allenfalls dem Bundesverteidigungsminister selbst zu.

Aus allen diesen Gründen ist es wirklich an der Zeit, daß die Presse-Parteipolitik in diesem Ministerium unter die Lupe genommen wird. Das wird bei den Haushaltsberatungen geschehen. Und wir wollen dann sehen, ob die Beamten oder Offiziere dieser Pressestelle immer noch an einen "verspäteten Karnevalscherz" glauben.

+ + +

Verantwortlich: Gunter Markeckeffel